

Hochschulparlamente mehr aufstellen; auch das Versammlungsrecht in Uni-Räumen hätte er verwirkt. Damit wäre die Planung von Gewaltaktionen erschwert, aber doch nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Auch sind die Juristen in Bonn und den Ländern nicht einig, ob die politischen Sturmtrupps Vereine oder politische Parteien sind. Ein endgültiger Entscheid des Bundesgerichtshofes über den Rechtsstatus der Mao-KPD steht noch aus.

Sollten die Karlsruher Richter die Maoisten als politische Partei einstu-

fen, könnte allein das Verfassungsgericht über ein mögliches KPD-Verbot befinden. Das Parteienhügel KSV dagegen könnte — als Verein — vom Bundesinnenminister auch ohne Urteil per Ukas verboten werden; die Länderkollegen hätten den Bonner Spruch dann in den Provinzen durchzusetzen.

Welche Botschaft den Mao-Jüngern auch immer ins Haus steht, sie wollen sich — so ein Berliner Flugblatt — auf jeden Fall für die „anstehenden Kämpfe im Januar“ rüsten, „um die Bruchlosigkeit des Kampfes trotz der Weihnachtsferien zu gewährleisten“.

„Die Rektoren haben die Nase voll“

SPIEGEL-Interview mit WRK-Präsident Professor Gerd Roellecke

SPIEGEL: Herr Roellecke, die deutsche Hochschulgeschichte scheint an einem Wendepunkt angelangt. Zum ersten Mal fordern die Rektoren das Verbot einer politischen Hochschulgruppe durch staatliche Instanzen, des Kommunistischen Studentenverbandes. Glauben Sie, daß durch Verbote an den Universitäten wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werden können?

ROELLECKE: Es geht uns um die Aufrechterhaltung der freien Forschung und Lehre und um ein Stück Humanität für Hochschullehrer.

SPIEGEL: Wo wird die Humanität verletzt?

ROELLECKE: Überall, wo systematisch Gewalttätigkeit geübt wird. Wir wissen, daß an einzelnen Universitäten planmäßig einzelne Professoren herausgeschossen werden sollen. Sie werden tätlich angegriffen, sie werden bedroht, und man macht es ihnen unmöglich, Vorlesungen zu halten. Davon haben die Rektoren jetzt die Nase voll. Lange genug hat man eine Politik der Angst und Duldung betrieben.

SPIEGEL: Nun soll der Staat Ordnung schaffen. Gibt die Universität damit nicht auf, was sie permanent beansprucht, die Hochschulautonomie?

ROELLECKE: Man kommt so oder so um den staatlichen Eingriff nicht herum, auch wenn man die Hochschulautonomie grundsätzlich erhält. Je mehr die Spannungen sich verschärfen, desto undifferenzierter aber werden die Maßnahmen des Staates. Man sollte deshalb etwas tun, solange man noch einigermaßen unterscheiden kann.

SPIEGEL: Sonst?

ROELLECKE: Sonst sähe sich die Regierung eines Tages vielleicht veranlaßt, ständig Polizeikräfte an den Universitäten zu stationieren oder auch alle Studentenvereinigungen schlechthin zu verbieten. Und das kann nicht im Sinn der Hochschulen sein.

SPIEGEL: Was schlagen Sie konkret für die Befriedung vor: einen Strafkatalog für Vergehen auf dem Campus?



Rektoren-Präsident Roellecke
„Schmerz am ganzen Körper“

ROELLECKE: Nein. Aber wenn es um kriminelle Handlungen geht, müßte die Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaften verstärkt werden. Heute greifen die Staatsanwaltschaften manche Fälle überhaupt nicht auf, stellen zu schnell ein, ermitteln nicht gründlich genug.

SPIEGEL: Sie werfen dem Staat vor, er verfolge kriminelle Aktionen an den Universitäten zu nachlässig?

ROELLECKE: Ja.

SPIEGEL: Sollten KSV-Mitglieder von den Hochschulen verwiesen werden?

ROELLECKE: Die Rechtsgrundlage dafür ist zur Zeit nicht in allen Bundesländern gegeben. Ich könnte mir aber vorstellen, daß so eine Relegation eine abschreckende Wirkung hat.

SPIEGEL: Wann würde relegiert?

ROELLECKE: Eine erhebliche Störung einer Lehrveranstaltung müßte meines Erachtens schon hinreichen.

SPIEGEL: Viele Professoren fühlen sich schon erheblich gestört, wenn ein Student im Kolleg eine Frage stellt.

ROELLECKE: Das halte ich für ein Gerücht. Sicher, es gibt Professoren, die ihren Unterricht etwas starr durchsetzen wollen, die keinen guten Unterricht halten. Nur würde ich meinen, man muß jedem Studenten zumuten, Unvollkommenheiten des Lehrers hinzunehmen. Ein gewisses Quantum an Ungereimtheit und Ungerechtigkeit muß man einfach ertragen.

SPIEGEL: Sind Sie selbst schon einmal angerempelt, ist eine Ihrer Vorlesungen gestört worden?

ROELLECKE: Nein. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Zahl der Störer ja nicht sehr groß ist und daß der größte Teil der Lehrveranstaltungen ungehindert durchgeführt werden kann.

SPIEGEL: Im Bonner Wissenschaftsministerium wurde errechnet, daß weniger als ein Prozent aller Vorlesungen und Seminare gestört werden.

ROELLECKE: Wenn Sie sich einen Nagel in den Daumen stoßen, dann ist auch weniger als ein Prozent Ihrer Hautoberfläche beschädigt. Aber den Schmerz spüren Sie am ganzen Körper.

SPIEGEL: Die Hauptstörer vom KSV sind in Hochschulparlamenten und Fachbereichsräten kaum vertreten. Die Mehrheit der Studentenvertreter gehört zum DKP-treuen Spartakus und zum Sozialistischen Hochschulbund, der sich früher einmal sozialdemokratisch nannte. Wollen Sie die auch verbieten?

ROELLECKE: Nein. Wir sind uns einig, daß sich Spartakus und SHB prinzipiell im Rahmen des geltenden Rechts halten und die allgemein geltenden Verfahrensregeln einhalten. Damit ist über die Frage, ob diese Organisationen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, nichts gesagt.

SPIEGEL: Welche Note geben Sie der Studentenschaft insgesamt für ihr politisches Engagement?

ROELLECKE: Knapp ausreichend.

SPIEGEL: Und den Professoren?

ROELLECKE: Wenn Sie auf die Wahlbeteiligung abheben, müssen die Professoren die Note „sehr gut“ bekommen. Bei den Studenten wählen nur weniger als die Hälfte ihre Vertreter für die Hochschulgremien.

SPIEGEL: Ernsthafte Beobachter der westdeutschen Hochschulszene behaupten, die Studenten seien nur deshalb so links und so radikal, weil die Mehrheit der Professoren vernünftige Reformen noch immer blockiert.

ROELLECKE: Wenn jemand diesen Eindruck verbreitet, dann doch eigentlich nur, um die radikalen Studenten zu entschuldigen.

SPIEGEL: Immerhin lautet die Devise vieler Alt-Ordinarien: Solange ich hier bin, ändert sich nichts.

ROELLECKE: Wenn die Herren damit meinen, alles, was bis jetzt an Veränderungsvorschlägen vorgetragen worden ist, sei schlechter als das Bestehende, dann haben sie recht.

SPIEGEL: Was ist denn so schlecht an der Hochschulreform?

ROELLECKE: Man hat so seine Erfahrungen gemacht. Die Berliner Universitäten gelten ja als problematisch,

die sind ganz fortschrittlich organisiert. Die Kölner Universität gilt als relativ unproblematisch, die ist relativ konservativ organisiert. Bayern als reaktionäres Land ist für Wissenschaftler so eine Art Fluchtburg geworden.

SPIEGEL: Sehen Sie eine Chance, daß überall in der Bundesrepublik wieder gelernt, gelehrt und geforscht wer-

den kann, ohne daß Fenster klirren und Professoren und Studenten sich raufen?

ROELLECKE: Nun, ich würde meinen, daß eine Verknappung der reichlichen Mittel überall in der Gesellschaft und auch in der Universität sehr zur Beruhigung der Gemüter beitragen wird. Das muß man ganz deutlich sehen. Vielleicht ist das schon in fünf Jahren der Fall.

„Lieber keine Revolution als so eine“

Der Historiker Imanuel Geiss über Radikale an der Bremer Universität

Im Gründungssenat haben wir uns — und die Hochschullehrer zumindest ohne Hintertüren — aus Überzeugung gegen die Unterstellung von konservativen und reaktionären Kritikern gewandt, wir wollten eine marxistische Kadenschmiede, eine einseitig gefesselte Universität. Nach den Erfahrungen, die ich bisher hier machen mußte, habe ich den Eindruck, unsere Ultralinken tun alles, um die konservativ-reaktionären Verdächtigungen nachträglich zu rechtfertigen.

Auch wenn Kommunistischer Studentenbund (KSB) und Kommunistische Studentenorganisation (KSO) nach der Integration mit der Pädagogischen Hochschule nicht mehr die Mehrheit unter den Studenten haben, ist der Druck bereits so groß, daß in den Bereichen, in denen ich tätig bin, von dieser Richtung immer wieder Versuche ausgehen, zumindest die Lehrer in einem eindeutig marxistisch-leninistischen Sinn auszurichten und zu fixieren.

Schaut man sich die Argumente und Literaturhinweise genauer an, mit denen sie arbeiten, so erweist sich die neue Lehre als eine Verballhornung und Dogmatisierung sowohl von Marx als auch von Engels, in der Regel vorgenommen und kanonisiert durch Stalin,

der von einigen auch offen als, wie ich es nenne, einer ihrer modernen Kirchenväter angerufen wurde.

Wir im Gründungssenat hatten jedenfalls nie die Absicht, was mir schon als Beschluß, dann, als es keinen Beschluß gab, als Konsensus vorgehalten wurde, daß z. B. das Integrierte Sozialwissenschaftliche Eingangsstudium (ISES) nur auf dem Boden des sogenannten historischen Materialismus stattfinden dürfte. Als mir diese Ansicht zum ersten Male in einer — im übrigen insgesamt sachlichen und rational verlaufenden — universitäts-öffentlichen Diskussion entgegentrat, gab ich eine Antwort, die ich nach den bisherigen Erfahrungen auch öffentlich verallgemeinert wiederholen kann:

Wenn ich gewußt hätte, daß als einzige mögliche inhaltliche Ausfüllung des Bremer Modells nur der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus marxistisch-leninistischer (heute würde ich hinzufügen, in Wahrheit stalinistischer) Observanz zugelassen wird, so hätte ich mich weder für diese Universität beworben noch mich an ihrer Gründung beteiligt. Allmählich komme ich mir mit meiner Beteiligung an der Gründung dieser Universität nur als „nützlicher Idiot“ für politische Kräfte vor.

von deren Existenz ich im Frühjahr 1970 noch nicht wußte und nach Lage der Dinge auch nicht wissen konnte.

Bisher ist es mir noch gelungen, in meinen Arbeitsbereichen eine solche bestürzend dogmatische und intolerante Verengung des Wissenschaftsbetriebs an dieser Universität zurückzuweisen... Bisher lief die Diskussion trotzdem insgesamt einigermaßen rational, und ich habe in der Auseinandersetzung mit solchen „Marxisten“ auch inhaltlich gelernt, in dem Bemühen, ihnen ihre Dogmatisierung klarzumachen und aufzubrechen. Aber ein einzelner kann nicht alles allein leisten. Allein die Tatsache, daß solche Tendenzen überhaupt so stark sind, daß man sich mit ihnen bis zur Erschöpfung herumschlagen muß, ist schon schlimm genug.

Eine der grundlegenden Schwierigkeiten an der Universität Bremen im besonderen, mit unseren neuen Ultralinken im allgemeinen, liegt im Unterschied zwischen dem Wissenschaftsverständnis. Das ultralinke Wissenschaftsverständnis ist so total politisiert und ideologisiert, daß es noch nicht einmal den Versuch wenigstens zur partiellen Trennung von Politik und Wissenschaft im Wissenschaftsprozess zuläßt.

Wir alle wissen, daß Wissenschaft und Politik nicht total voneinander zu trennen sind: In der Motivation wirken beide aufeinander ein, ebenso in den Konsequenzen. Aber dazwischen muß es, schon um der wissenschaftlichen Arbeit selbst willen, einen Freiraum geben, wo der Wissenschaftler bei der Durchführung seiner Arbeit Politik und Wissenschaft trennen muß. Solche Anschauungen werden aber von unseren neuen Linksradiakalen als angeblich „unpolitisch“ verdreht und denunziert.

Ihr Verfahren erlaubt ihnen, gegenüber sogenannten „bürgerlichen“ Wissenschaftlern oder der Öffentlichkeit abwechselnd mit dem politischen oder dem wissenschaftlichen Argument zu spielen, so wie Hase und Swinegel: Geht es um die Klärung wissenschaftlicher Fragen, so erschallt die Antwort: Alles ist politisch. Geht es um die Zurückweisung politisch-ideologischer Aussagen, so heißt es: „wissenschaftli-

Studentendemonstration in Bremen: „Bis zur Erschöpfung herumgeschlagen“

